

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 224 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Donnerstag, 26. September 1968

Einzelpreis 30 Pf

Mexiko kommt nicht zur Ruhe 20 000 demonstrieren

MEXIKO-STADT (dpa). Die von blutigen Unruhen erschütterte mexikanische Hauptstadt kommt nicht zur Ruhe.

Nach den schweren Zusammenstößen am Dienstag, bei denen in Mexiko-Stadt fünf Menschen ums Leben gekommen sind, trieben gestern schwerbewaffnete Polizei-Einheiten rund 20 000 auf einem Platz hinter den Gebäuden des Außenministeriums zusammengelaufene Studenten mit Tränengas auseinander. Außerdem feuerten die Polizisten Schüsse in die Luft.

Die blutigen Zusammenstöße am Dienstag werden in Mexiko-Stadt als die schwersten der vergangenen 30 Jahre bezeichnet. Die Gebäude

Der neue Präsident erhält neuen Wagen

BONN (UPI/dpa). Für die Wahl des neuen Bundespräsidenten sind im Haushaltsentwurf für das nächste Jahr eine Million Mark eingesetzt. An Umzugskosten werden dem Nachfolger Heinrich Lübkes 10 000 DM zugebilligt. Vor seinem Einzug in die Villa Hammerschmidt wird das Gebäude für 110 000 DM renoviert. Neue Möbel, Teppiche und Lampen werden sogar mit 170 000 DM veranschlagt. Damit der neue Bundespräsident sich auch unterwegs wohlfühlt, soll er einen neuen Mercedes 300 erhalten, dessen Kaufpreis mit 53 157 DM genau angegeben ist.

Jungdemokraten empfehlen Wahl Heinemanns

Die deutschen Jungdemokraten (FDP) haben der Partei zur Wahl des Bundespräsidenten die Stimmabgabe für Bundes-Justizminister Gustav Heinemann vorgeschlagen, wenn dieser von den Sozialdemokraten als Nachfolger Heinrich Lübkes nominiert werden sollte. Diese Empfehlung hat der nordrhein-westfälische Landesvorstand der Jungdemokraten, vor wenigen Tagen dem FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Mischnick unterbreitet.

Bei den Jungdemokraten und Kreisen der „Reformer“ in der FDP wird, wie es weiter heißt, die Auffassung vertreten, daß Heinemann eine liberale Haltung zeige und deshalb der möglichen Kandidatur der im Grunde „konservativen“ Kandidaten Schröder und Gerstenmaier vorzuziehen sei.

Regierungserklärung vor dem Bundestag

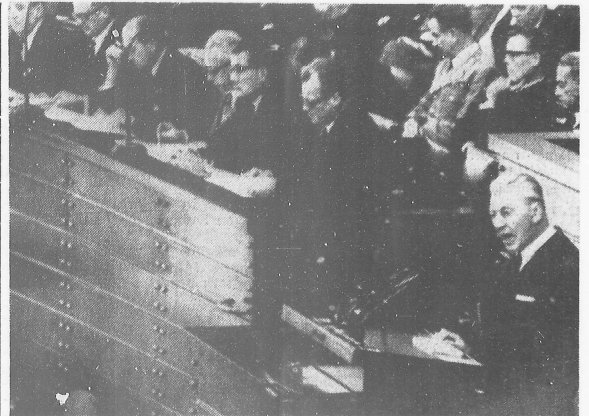
Kanzler mahnt zur Wachsamkeit

Deutsche Friedenspolitik wird fortgesetzt — Stagnation in Europa überwinden

BONN (dpa). Bundeskanzler Kiesinger hat gestern eindringlich an die Partner der westlichen Allianz appelliert, angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei ihre Wachsamkeit zu erhöhen. Gleichzeitig forderte er die westeuropäischen Völker auf, die gefährliche Stagnation zu überwinden, die seit einiger Zeit das Werk der europäischen Einigung lähmt.

In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag verband Kiesinger diese Appelle mit der Feststellung: „Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker bleibt das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Bundesregierung. Es bleibt das Grundanliegen dieses Volkes.“ Mit Nachdruck fügte er hinzu, daß trotz des verstärkten sowjetischen Drucks auf die Bundesrepublik niemand den Willen des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung brechen kann. An die Regierungserklärung, die den Auftakt der parlamentarischen Arbeit nach der Sommerpause bildete, schließt sich heute und morgen eine außen- und sicherheitspolitische Debatte an.

Zur Lage nach den Prager Ereignissen sagte Kiesinger: „Durch die Besetzung der Tschechoslowakei hat sich die Lage zuungunsten der NATO verändert.“ Etwa 20 sowjetische Divisionen in der CSSR stünden einem durch NATO-Truppen verhältnismäßig schwach gesicherten



DIE VORSTELLUNGEN der Bundesregierung zur Außen- und Sicherheitspolitik erläuterte gestern der Bundeskanzler vor dem Bundestag. Die Rede des Kanzlers, die wiederholt von Beifall unterbrochen wurde, dauerte etwas über eine Stunde. Die Regierungsbank war voll besetzt. Auf unserem Bild sind zu erkennen Außenminister und Vizekanzler Brandt, Innenminister Benda, Justizminister Heinemann, Staatssekretär Leicht in Vertretung des Finanzministers, Wirtschaftsminister Schäffer und Ernährungsminister Höcherl.

Gebiet der Bundesrepublik gegenüber. Sollten Truppen des Warschauer Paktes dauernd in der Tschechoslowakei stationiert bleiben, müsse man daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen.

Der Kanzler wies darauf hin, daß die Bundesregierung trotz der Vorgänge in der CSSR den Verteidigungsetat nicht erhöht habe. Unter den gegenwärtigen Umständen sei eine einseitige Verminderung der militärischen Stärke und Präsenz des ganzen Bündnisses in Europa nicht zu denken. Wenn sich die Lage nicht bessere, würden die NATO-Partner die Wirksamkeit ihrer Verteidigungsbeiträge höchstwahrscheinlich verstärken müssen.

Moskau sucht Bundesrepublik zu isolieren

● Kiesinger warf der Sowjetunion vor, durch eine propagandistische Entlastungsoffensive die Aufmerksamkeit von ihrer gewaltsamen Intervention ablenken zu wollen. Moskau suche im westlichen Bündnis Verwirrung zu stiften.

Über Wege zur Überwindung der Stagnation in Europa hat sich die Bundesregierung, wie Kiesinger sagte, schon lange vor den Ereignissen in der CSSR Gedanken gemacht. Der

Kanzler nannte drei große Probleme: 1 Die Fusion der europäischen Gemeinschaften und die Intensivierung ihrer Arbeit bis zur Vollendung der Wirtschaftsunion.

2 Die Erweiterung des Kreises der Mitglieder der Gemeinschaft.

3 Die Herausbildung eines gemeinsamen politischen Willens für ein solidarisches Handeln nach außen als Vorstufe einer politischen Union.

Viel Arbeit für Bonns Diplomaten

Einen arbeitsreichen Winter mit starker diplomatischer Aktivität hat Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung angekündigt.

Kiesinger sagte, er werde Ende Oktober offizielle Besuche in Spanien und Portugal und Mitte November in Belgien abstatten.

Weiter kündigte Kiesinger an, der norwegische Ministerpräsident Per Borten habe eine Einladung nach Bonn für November und der britische Premierminister Harold Wilson für Anfang nächsten Jahres angesagt.

Scharfer Sowjetangriff gegen Israel

Schwerwiegende Folgerungen angedroht — Waffenhilfe für Araber wird fortgesetzt

MOSKAU (dpa/upi). Die Sowjetunion hat gestern die israelische Regierung „entschieden“ gewarnt und auf die „schwere Verantwortung“ hingewiesen, die sie „aus den Konsequenzen ihrer gefährlichen Provokationen gegen die Vereinigte Arabische Republik, Jordanien und Syrien zu tragen hat“.

In einer Pressekonferenz in Moskau verlas Regierungssprecher Leonid Samjatin eine Erklärung, die sich auf die bewaffneten Zwischen-

Krieg des vergangenen Jahres gegen Israel verlorenen Materials ersetzt.

Die dabei gelieferten Panzer und Flugzeuge sind moderner als die, mit denen die ägyptische Streitmacht 1967 in den Krieg gezogen war.

Jordanische und israelische Truppen beschossen sich gestern im Jordantal erneut mit Maschinengewehren. Militärische Sprecher beider Seiten beschuldigten sich gegenseitig, das Feuer eröffnet zu haben.



MIT EINER PARADE in Frankfurt verabschiedete gestern die US-Armee in Frankfurt den Kommandeur des in Koblenz stationierten III. Bundeswehrkorps, Generalleutnant Schnez (links). Schnez wird den Posten des scheidenden Heeresinspektors Mall übernehmen. Schnez sollte ursprünglich in das Amt des NATO-Oberbefehlshabers Europa-Mitte berufen werden. Dieser Plan war dann wegen heftiger, vor allem aus den Niederlanden kommender Proteste fallengelassen worden. Schnez war in diesen Protesten als „dem Nationalsozialismus einst überaus ergebener Offizier“ bezeichnet worden.

Israel-Ausstellung in Buenos Aires niedergebrannt

BUENOS AIRES (dpa). In der Nacht zum Mittwoch brannte die israelische Industrie- und Kunstausstellung, die am 3. Oktober in Buenos Aires eröffnet werden sollte, vollständig nieder. Der Wert der vernichteten Ausstellungsgüter wird von einem Sprecher der israelischen Botschaft mit umgerechnet sechs Millionen Mark angegeben. Viele Anzeichen lassen auf einen Sabotageakt schließen.

fälle der jüngsten Zeit an der israelisch-arabischen Grenze bezog.

Den arabischen Nachbarn Israels sicherte das sowjetische Außenministerium weiterhin den „aktiven Beistand“ Moskaus zu. „Wie werden“, so las Samjatin vor, „wie in der Vergangenheit sich der Unterstützung und Hilfe der Sowjetunion erfreuen können“.

● Westlichen Schätzungen zufolge haben die Sowjets den Ägyptern mindestens 85 Prozent ihres im Juni-

Lücke erteilt Absage

Er geht nicht ins Kabinett — Chance für Frau Brauksiepe

BONN (dpa). Der frühere Bundesinnenminister Paul Lücke wird nicht in das Kabinett der Großen Koalition zurückkehren.

Nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler hat Lücke gestern das Angebot Kiesingers abgelehnt, als Nachfolger von Dr. Bruno Heck das Amt des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen zu übernehmen.

Als Gründe für seine Ablehnung nennt Lücke in einem Brief an den Kanzler, daß er im März dieses Jahres um seine Entlassung als Bundesinnenminister habe bitten müssen, „weil durch den Beschluß der SPD auf dem Nürnberger Parteitag eine

der wichtigen Absichten, unter denen die Große Koalition angetreten war, nicht mehr verwirklicht werden konnte: die Schaffung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts als Voraussetzung für die dauerhafte Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik.

In politischen Kreisen Bonns räumt man nach der Absage Lückes jetzt der nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Frau Anne Brauksiepe die größten Chancen ein, Nachfolger von Heck im Bundesfamilienministerium zu werden. Neben Frau Brauksiepe ist auch noch der CDU-Abgeordnete Heinrich Windelen im Gespräch für das Amt des Bundesfamilienministers.